

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 94.

Dienstag, den 23. April 1918.

25. Jahrg.

Bestenert den Besitz!

Der Empfang der neuen Steueranlage in der Presse ist allgemein nach Verdienst schlecht. Nur die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ fühlen sich zu ihrer Verteidigung berufen. Das Organ des Bundes der Landwirte drückt seine Befriedigung aus, daß die Bestrebungen der Einzelstaaten im Bundesrate vollen Erfolg gehabt haben. Aber schon die alldeutsch-nationalliberale „Tägliche Rundschau“ nennt die famose neue Finanzreform ein steuerliches Fließwerk, „das weit zurückbleibt hinter der musterhaften englischen Kriegsteuernpolitik“. Diese Neuerung läßt die Erwartung berechtigt erscheinen, daß sich auch die bürgerlichen Parteien für die Vorlage eines Ueberblickes über die englische Kriegsteuernpolitik und über die Besteuerung der Kriegsgewinne und -dividenden einsetzen werden. Die Verlegenheit darüber, daß Deutschland weit hinter dem englischen Vorbilde zurückbleibt, soll nicht dadurch beschönigt werden, daß man von der englischen Kriegsteuernpolitik möglichst wenig spricht, die die größte lebende Autorität auf dem Gebiete der Reichsteuern erst vor kurzem als „herzlos“ bezeichnet hat.

Auf die Gefahr hin, eines unverbesserlichen Optimismus geziehen zu werden, wollen wir — so schreibt der „Vorwärts“ — die Hoffnung nicht ganz schwinden lassen, daß auch bürgerliche Parteien vor der linken Annahme der Steuerentwürfe zaudern, die im Augenblicke nichts bringen und in Zukunft die geldlich schwächsten Volksklassen am härtesten belasten, während sofort hoch ergebliche direkte Steuern ungenutzt bleiben. Sogar die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ polemisiert gegen die ausschließliche Referierung der direkten Steuern für die Bundesstaaten. Die bundesstaatlichen Parlamente würden mit ihrer fortschreitenden Demokratisierung den Besitzenden sowie keinen genügenden Schutz der Geldtassen bieten, und der Grundgedanke der Ausschließlichkeit der bundesstaatlichen Einkommen- und Vermögenssteuer sei bereits durch den Wehrbeitrag durchbrochen. Das rheinische Blatt fährt fort:

„Auch die Belastung des Verkehrs, des Ansehens jeder Art, des Bieres und der alkoholfreien Getränke, können nicht ohne weiteres als unbedingte Eingriffe in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse angesehen werden. Wenn sie infolge der außerordentlichen Höhe des Bedarfs nicht zu ungebührlich sind, so bleibt doch die Frage zu prüfen, ob sie nicht wenigstens jetzt schon zum Teil in direkten Reichsteuern eine Ergänzung erfahren sollen. Von den Entwürfen im ganzen kann man nur sagen, daß sie also wiederum keine organische Ausgestaltung des Reichsfinanzwesens, sondern nur ein durch die einseitige Betonung der indirekten Steuern vielfachen Einwürfen ausgelegtes Fließwerk darstellen. Die notwendigen neuen Gesichtspunkte, die den berechtigten Wünschen der Volkseinstimmung und der verstärkten sozialen Gefühnung der Kriegszeit Rechnung tragen würden: Gleichmäßigere Heranziehung direkter und indirekter Steuerquellen und Erleichterung statt Erhöhung der Verkehrsgebühren, vermischt man in den Entwürfen. Ob die Hinausschiebung ihrer Verwirklichung nicht eine unnötige Belastungsprobe der Volkseinstimmung darstellt, ist im Parlament ernstlich zu erwägen. Die großen finanzpolitischen Aufgaben des Reiches sollen erscheinen, wenn der Verlauf der Verhandlung im Reichstag das Bild nicht erheblich ändert, vorläufig wieder mit den unzulänglichen Mitteln der Vergangenheit gelöst werden. Ein Steuerreform aus einem Gusse scheint noch nicht fertiggestellt zu sein. Wenn seiner Aufstellung auch zweifellos große Schwierigkeiten erwachsen würden, so dürfte ihre baldige Ueberwindung für den Wert der Leistung sprechen. Und diese Leistung darf das deutsche Volk von Regierung und Parlament angeht, seiner großartigen Leistungen im Wirtschaftskampfe fordern. Denn sie wird erst die dauernde Festigung des wirtschaftlichen Ansehens des Reiches nach innen und außen nach diesem Kriege endgültig sicherstellen.“

Nun gibt es aber eine direkte Steuer, die sehr hohe Erträge bringt, ohne in das Gehege des einzelstaatlichen Finanzministers zu kommen: die auszubauende Erbschaftsteuer, die noch dadurch erweitert werden kann, daß dem Reiche das Pflichtteil eines Kindes eingeräumt wird, wenn ein vermögender Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von wenigstens drei Kindern hinterläßt. Dr. A. Kuczynski schätzt den Ertrag aus dem Ausbau der Reichsvermögenszuwachssteuer und Erbschaftsteuer auf zusammen 950 Millionen Mark. Der bisherige Ertrag brachte die lächerliche Summe von 100 Millionen Mark. Die englische Erbschaftsteuer trug dagegen bereits im Jahre 1908/09 365 Millionen Mark ein und war an allen Einnahmen auf Steuern und Zöllen mit 14,6 Prozent beteiligt. Seither ist die englische Erbschaftsteuer bereits im Frieden und auch im Kriege kräftig erhöht worden. Sogar im kleinbürgerlichen Frankreich, dessen Finanzsystem von trauriger Rückständigkeit ist, brachte die Erbschaftsteuer bereits vor einem Jahrzehnt 200 Millionen Franken und ist seither wesentlich erhöht worden. Wird dem Reiche, wie Kuczynski vorschlägt, unter den genannten Bedingungen der Pflichtteil eines Kindes eingeräumt, so ergibt sich eine weitere Einnahme von mindestens 650 Millionen Mark. Daß die geltende Reichs-Erbschaftsteuer die Erbschaften nur höchst unvollkommen erfasst, beweist nichts Klarer, als daß bereits vor zehn

Jahren Fürst Bülow den Versuch einer Erweiterung dieser Steuer, die sehr wohl die besonderen Verhältnisse des Krieges mit berücksichtigen kann, gemacht hat. Das Reichschatzamt aber bringt auch heute diese Steuer noch nicht. Es will, ehe es die großen Erbschaften, und mögen sie selbst aus dem Kriegswucher stammen, für die Reichszwecke nutzbar macht, Vorzüge treffen, daß in der Zukunft, wenn wieder einmal Kaffee, Tee, Schokolade in unser Land kommen, keine arme Kriegerwitwe, kein Kriegsinvalide eine Tasse dieser Getränke genießt, ohne dem Reiche ausgiebig zu zollen. Eilig hat es das Reichschatzamt mit der sehr energiegelassen Besteuerung der Mineralwässer und des gefärbten Wassers, das man Bier oder Limonade nennt, sehr viel Zeit aber läßt es sich mit der schärferen Erfassung der Erbschaften, die in die Hände entfernt verwandter reicher Vettern und Nichten übergehen. Damit der reale Besitz und das die Leistungsfähigkeit widerpiegelnde Einkommen des reklamierten Kriegesgeschäftemachers geschont werden, soll der Umsatz, den Frau und Kind des armen Schützengrabennannes und der dürftigen Kriegsunterstützung bewirken, in Form einer Brot-, einer Kartoffelsteuer zu den Kriegskosten beitragen. Da darf man wohl fragen: Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?

Neben der Reichs-Erbschaftsteuer und einer etwaigen Erhöhung des Stempels auf Gründung von Aktiengesellschaften, der die bei dieser Gelegenheit meist erzielten hohen Gründergewinne sehr wohl treffen könnte, drängt sich der Gedanke einer Dividendensteuer auf. Die Steigerung der Kriegsdividenden hat allgemeinen Unmut erzeugt. Nichts natürlicher, als daß dem allgemeinen Volksempfinden Rechnung getragen wird, besonders da von einer Gefährdung volkswirtschaftlicher Interessen gar keine Rede sein kann.

Die Aktionäre werden sich zwar sicherlich über Doppelbesteuerung beklagen. Sie werden ins Feld führen, daß bereits die Einnahmen der Aktiengesellschaften von der Einkommensteuer, und zwar in Preußen sogar etwas höher als die der physischen Steuerträger getroffen werden und daß außerdem die Couponzahlungen nochmals als Einnahme der Einzelpersonen versteuert werden. Auch die Aktiengesellschaften werden sich dagegen wehren, schlechter behandelt zu werden, als der Einzelunternehmer. Dagegen ist darauf hinzuweisen, daß das Risiko und die Arbeit des Aktionärs sehr viel geringer ist, als die des Unternehmers. Der Aktionär kann seinen Besitz ständig veräußern und hat selbst bei verlustreichem Verkauf den Vorteil, sein Geld sofort in neue Geschäfte stecken und sein Glück versuchen zu können. Der Einzelunternehmer ist in viel härterer Lage an seinen Besitz gebunden und eben diese unangenehme Lage zwingt ihn, unter schlechteren Bedingungen abzugeben. Auch ist allgemein bekannt, daß die Aktiengesellschaft weit leichter arbeitet und groß wird, als das Werk eines Einzelunternehmers, auf dessen Klugheit und Energie — vorausgesetzt, daß er noch das Unternehmen persönlich leitet — das Gedeihen des Betriebes beruht.

Unter den jetzigen Zeitumständen erscheint eine Dividendensteuer ganz besonders gerechtfertigt. Die Abschlässe für das Geschäftsjahr 1917 zeigen vielfach eine ganz außerordentliche Erhöhung der Dividenden. Das beweist ein Doppelftes: Daß die Kriegsteuer, für die die Rücklage meist vor Ausweisung des Rohgewinnes abgesetzt ist, durchaus ungenügend wirkt und daß die Gesellschaften bestrebt sind, möglichst viel an ihre Aktionäre zu verteilen, um einen späteren Rückgriff des Reiches auf ihr Vermögen unmöglich zu machen.

Eine höchst erwünschte Nebenfolge der Dividendensteuer wird sein, daß sich die Kapitalisten in erhöhtem Maße dem Markte der festverzinslichen Werte zuwenden, die schon vor dem Kriege sehr stark unter dem Wettbewerb der gut rentierenden Aktien gelitten haben. Es ist ein grundlegendes finanzielles und soziales Interesse, daß der Anlagemarkt möglichst gekräftigt wird. Wenn die Kurse der Aktien sinken, so sind Reich, Staat und Gemeinden gezwungen, neue Anlagen zu noch schlechteren Bedingungen anzulegen, will sagen, zu niedrigeren Kursen und zu höherer Verzinsung. Dasselbe gilt von dem Absatz von Pfandbriefen. Wenn diese kommenden Schuldverschreibungsaussagen zu einem Zeichnungspreise von 80 Prozent und einem Zinsfuß von 5½ Prozent erfolgen, statt zu einem Zeichnungspreis von 90 Prozent und einem Zinsfuß von 5 Prozent, so bedeutet das eine Verteuerung des Kredites von 5 auf 6 Prozent oder um 20 Prozent der ausmachenden Zinssumme. Es braucht keine Worte, um zu beweisen, wie sehr dadurch alle öffentlichen Körperschaften in der Kreditaufnahme für soziale Zwecke gehemmt sind, wie sehr auch durch die Steigerung der Zinssummen die Steuerlast erhöht und wie empfindlich im besonderen die Kreditbeschaffung für den so dringlichen Neubau von Wohnungen erschwert wird.

Das Reichschatzamt ist also nicht auf Gejehentwürfe angewiesen, die zum Teil für die nächste Zeit überhaupt nichts bringen, zum Teil die lebenswichtigsten Waren am empfindlichsten treffen. Der Reichstag wird sein Ansehen im ganzen Volke kräftigen, wenn er alle Verlegenheitsprodukte einer unsoliden Finanzpolitik von vornherein ablehnt und die Leistungsfähigen zu Opfern an Geld für das Vaterland heranzieht, für das die steuerlich am wenigsten leistungsfähigen Volksklassen mit ihrem Blute genügend gezinst haben.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

WZB. Berlin, 22. April, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegshauptstäben nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 22. April. (Amtlich.)

Der Gejehntkampf an der Tiroler Südfiont und in den Sieben Gemeinden hält an.

Ein Entente-Kriegsrat

ward im französischen Hauptquartier statt. Was dort ausgehandelt wurde, ist natürlich nicht bekannt geworden.

Die baltische Frage und Deutschland.

Nach einer Meldung wurde der sogenannten baltisch-estländischen Abordnung im Hauptquartier vom Reichslangler folgendes gesagt:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt geruht, Ihnen, den heute erschienenen Vertretern des gemeinsamen Landesrates von Livland, Estland, Kurland und Dösel den wärmsten Dank für das durch Ihre Beschüsse Allerhöchste seiner Person bewiesene Vertrauen auszusprechen. Der siegreiche Vormarsch der deutschen Truppen und der Friedensvertrag von Brest-Litowsk brachte auch Ihnen die Erlösung von schwerer Bedrängnis und zugleich die Möglichkeit, diejenigen staatlichen Einrichtungen zu treffen, die den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Nachdem der vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Kurland und Dösel als eine von verfassungsmäßigen Körperschaften beruhen Vertretung der Bevölkerung dieser Länder sich vertrauensvoll an ihn gewandt hat, erklären Seine Majestät sich bereit, diesen Ländern den militärischen Schutz des Deutschen Reiches angedeihen zu lassen und sie bei der endgültigen Durchföhrung der Loslösung von Rußland wirksam zu unterstützen. Seine Majestät werden sodann gerne bereit sein, im Namen des Reiches auch die formell losgelassenen Gebiete als selbständige Staaten anzuerkennen. Seine Majestät begrüßen den vom Landesrat ausgesprochenen Wunsch, daß aus den Kurland, Livland und Estland vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlicher geschlossener monarchisch-konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet werden soll. Wir wollen gern mit Rat und Tat zur Herbeiföhrung dieses Zustandes helfen. Auch sind Seine Majestät gern bereit, die Schaffung eigener Landesinstitutionen für Livland und Estland zu ermöglichen, die bis zum staatlichen Zusammenschluß der baltischen Gebiete die Verwaltung Livlands und Estlands föhren sollen. Mit besonderer Freude und Genugtuung hat es Seine Majestät erfüllt, daß Sie dem Dankgefühl Ihrer Länder durch den Wunsch Ausdruck verliehen haben, daß der neu zu bildende Staat dem Deutschen Reich durch eine Personalunion mit der Krone Preußens enger verbunden werden möge. Diese Bitte wird wohlwollend geprüft und die Allerhöchste Entscheidung wird dem Landesrat nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen mitgeteilt werden. Seine Majestät werden ferner bereit sein, nach der Loslösung der baltischen Gebiete von Rußland Allerhöchste Seine Zustimmung dazu zu erteilen, daß zwischen dem Deutschen Reich und dem aus den baltischen Gebieten gebildeten Staat die erforderlichen Militär-, Münz-, Verkehrs-, Maß-, Zoll- und sonstigen Konventionen abgeschlossen werden. Seine Majestät läßt den Landesvertretungen seinen kaiserlichen Gruß entbieten und ihren weiteren Arbeiten für die Entwicklung der von ihnen vertretenen Gebiete reichsten Segen wünschen.“

Wir haben wiederholt betont, wie wir zu dieser Sache stehen.

Die litauische Frage.

Die „Berl. Morgenpost“ berichtet: Der Kronprinz von Sachsen ist in Berlin eingetroffen und hat die führenden Parlamentarier empfangen. Heute wird er die Staatssekretäre und Staatsminister bei sich sehen. Es ist nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang zu erfahren, daß die litauische Frage im Sinne einer Personal-Union zwischen Litauen und Sachsen ihre Erledigung finden dürfte.

In dieser Sache hat der Reichstag doch auch noch ein ernstes Wort mitzureden.

Der Friedensvertrag mit Rumänien

ist noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Ueber die Ursachen dieser Verzögerung erfahren wir aus einwandfreier Quelle, daß die Kreise, die die Schuld an dem schleppenden Fortgang der Verhandlungen auf der Seite des Deutschen Reiches sehen wollen, nicht auf der richtigen Fährte sind. Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Schwierigkeiten, zu einem Abschluß zu kommen, darin liegen, daß Rumänien die Friedensverhandlungen mit einem koalitierten Gegner führt und daß es seine Niederlage in einem Koalitionskriege erlitten hat. Es ist naturgemäß, daß die Wünsche und Ansprüche der an der Koalition beteiligten Verhandlungsbeteiligten besonders in territorialen Fragen nicht leicht zu vereinigen sind. Ebenfalls Schwierigkeiten

Die Könige des Königs Konstantin und seiner Königin Sofia...
Die Könige des Königs Konstantin und seiner Königin Sofia...
Die Könige des Königs Konstantin und seiner Königin Sofia...

Ein Dementi.
Genf, 22. April. Ein rheinisches Blatt brachte aus Haag die Nachricht, die Entente werde versuchen, sich der in den niederländischen Kolonien liegenden deutschen Schiffe zu bemächtigen...

Neueste Nachrichten.

Die Beschießung von Paris.
Haag, 22. April. Die „Daily Mail“ berichtet aus Paris, daß bei dem letzten Luftangriff auf die französische Hauptstadt die deutschen Züger abermals Lufttorpedos von besonderer Größe verwendeten...

Clemenceau und die Kammer.
Genf, 22. April. Die französische Kammer hat Clemenceau ein Zeichen des Misstrauens gegeben, indem sie die vom Vorsitzenden Deschanel vorgeschlagene Vertagung auf den 7. Mai mit 359 gegen 158 Stimmen verwarf...

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 25. bis 30. April 1918 wird auf den Abschnitt 42 der Warenkarte des Lebensmittelkartenbestes und der Lebensmittelkarte
1 Pfund Gemüse-Konserven oder Reis-Konserven in den nachstehend verzeichneten Geschäften abzugeben.
Die Reis-Konserven ist nur in Dosen zu 2 Pfund zum Preise von Mk. 2.25 erhältlich...

Mobilmachung des Metalls der Einrichtungsgegenstände.

Die Austeilung der Meldevordrucke hat heute einen plötzlich so gesteigerten Zuspruch von Auskunftsuchenden bei der Polizeikasse hervorgerufen, daß es unmöglich gewesen ist, jeden einzelnen anzuhören...
Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Meldefrist erst am 30. ds. Mts. abläuft, mithin Zeit genug vorhanden ist, um in Ruhe den gesamten Hausstand (bei Hausbesitzern die gesamten Grundstücke) an der Hand des Beschlagnahmeverzeichnisses durchzugehen...

Hansatheater.

Zweimaliges Gastspiel Julian Martini-Basch
Oberspielleiter vom Carl-Schultze-Theater in Hamburg.
Dienstag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr:
Drei alte Schachteln
Cornelius Hasenpfeffer . . Julian Martini-Basch a. G.
Mittwoch, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr:
Die Dollarprinzessin
John Coudor Julian Martini-Basch a. G.
Vorzugskarten haben keine Gültigkeit. (1918)

Lübeck, den 23. April 1918. (1980)

Das Polizeiamt. (1938)

Das Polizeiamt.

Verkaufsstellen für Gemüse-Konserven:

Gehr. Begasse, Sandstr. 22.
Gehr. Begasse, Umlandstr. 7.
Behm, Fedder J., Hansstr. 97.
Berend, Wilh., Brodesstr. 20.
Blank, Herm., Kronstr. Allee 51.
Büsch, Reinh., Arntstr. 1a.
Bührmann, T., Hofstr. 23.
Dreialt, H., Breite Straße 28-30.
Franck, Heinr., Wahnstr. 67.
Grammersdorf, W., Fleißhauerstraße 89.
Grube, Bernh., Lachswehr-Allee 25.
Hack, Rich., Kottwitzstr. 39.
Hardt, Conrad, Hüper. 126.
Hartwig, Ludwig, Obertrave 5.
Hess, Ernst, Weidling.
Hinze, Carl, Breite Straße 55.
Hinze, Julius, Rüchzig.
Hochfenwerk, Herrenwaf.
Hörke, Otto, Blaudstr. 14a.
Höpfner, Otto, Koedstr. 16.
John, Willh., Schüsselbuden 3.
Kähler, Carl, Lange Reihe 29.
Kayser, Ferd., Breite Straße 81.
Konsumverein für Lübeck und Umgegend in allen Warenabgabestellen.
Krüger, J. U., Travemünde.
Krusse, Fritz, Schüsselbuden 32.
Kühnast, Ludwig, Bercebalstr. 21.
Lohmann, A., Siem.
Lorenz, R., Wwe., Alendornstr. 57.
Lüb, Ernst, Wollfenslag 15.
Magaard, Gustav, Johannisstr. 13.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Nähgarn.
Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbeleidungsstelle vom 19. Januar 1918 werden diejenigen Kleinhändler, denen Nähgarn zugeteilt worden ist, wiederholt darauf hingewiesen, daß dieses Nähgarn nur gegen amtliche Bezugsausweise abgegeben werden darf...
Die Abgabe dieses Nähgarnes ohne Bezugsausweis wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark bestraft, außerdem wird der betreffende Kleinhändler fünfzig nicht mehr befristet.
Lübeck, den 22. April 1918. (1979)

Der Preis beträgt Mk. 3.50 für das Pfund.

Der Ernährungsausschuß.

Zu verkaufen ein gut erhaltenes Kinderkr. Sportwagen. (1989)
Dornestr. 45.
Zu verkaufen frühe Pflanzenkartoffeln (Wausens Juli). (1991)
Vriegstr. 4, pt.
Ein Kinderwagen zu verkaufen. (1987)
Etitenstr. 25, II, I.
Ein starker zweirädriger Wagen zu verkaufen. (1981)
Abends nach 6. Rovensbüsch 63.
Gieg. Puppenwagen, gr. Puppe m. allem Zubehör zu verkaufen. (1982)
Engelsgrube 72, III.

Deutscher Transportarbeiterverband

Ortsverwaltung Lübeck.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß die Kollegen
Wilhelm Kruse
Hausdiener,
Emil Giencke
Safenarbeiter,
Aug. Friederichs
Kaufmannsarbeiter,
Carl Gründert
Arbeiter,
weitere Opfer des Weltkrieges geworden sind.
Eure Ihrem Andenken!
(1992) Der Vorstand.

Verkaufsstellen für Reis-Konserven:

Baake, Otto, Breite Straße 70.
Badstein, W., Schmönelenquerstraße 11.
Borgwardt, J., Kronstr. Allee 29.
Butz, W., Alendornstr. 81.
Dittmann, Hans, Fleißhauerstr. 9.
Döhrmann, E. Nachf., Schüsselbuden 12.
Erdmann, Ludw., Fleißhauerstraße 7.
Hayessen, Gerhard, Mühlensbrücke 1a.
Holtmann, H. H., Marktvierte 4.
Jüderleben, Franz, Hüper. 51.
Kähler, Wwe., Karl, Wahnstr. 19.
Köster, B., Hüper. 113.
Kock, Anna, Hüper. 119.
Konsumverein für Lübeck und Umgegend in allen Warenabgabestellen.
Meckenhäuser, L. Nachf., (Anna Gilie), Pfaffenstr. 16.
Mull, Conr., Kachf., Beckergasse 23.
Polter, Kurt (H. Mollenhauer Nachf.), Hofstr. 36.
Rebhach, Hugo, Fackenburg Allee 19b.
Scharnberg Kachf. (L. Richter), Schmalstr. 8.
Schnoor, Karl, Seidenstr. 14.
Tretlow, Paul, Schlämmerstr. 27.
Uhlen, A. L. W., Johannisstr. 11.
Westen, C., Beckergasse 70.
Wiegels, Ludwig, Fackergasse 60.

Waisenhaus.

Ge sucht zum 1. Mai ein ordentliches Mädchen. Wäschefrau wird gehalten. (1936)
Näh. Lang. Lohberg 20, 2. St.
Zum 1. Juli eine abgeschl. 3-Zimmer-Wohnung mit Gas zu vermieten. (1977)
Schlump, Drehmeisterstr. 14, II.
Zu verkaufen ein gut erhaltenes Kinderkr. Sportwagen. (1989)
Dornestr. 45.
Zu verkaufen frühe Pflanzenkartoffeln (Wausens Juli). (1991)
Vriegstr. 4, pt.
Ein Kinderwagen zu verkaufen. (1987)
Etitenstr. 25, II, I.
Ein starker zweirädriger Wagen zu verkaufen. (1981)
Abends nach 6. Rovensbüsch 63.
Gieg. Puppenwagen, gr. Puppe m. allem Zubehör zu verkaufen. (1982)
Engelsgrube 72, III.

Leder-

sohle HANSA mit Lässen vollwertiger Erfab der Kernlebersohle.
Verkaufsstellen:
Fackenburg Allee 48.
Meierstraße 29.
Reiferstraße 3.
Schlumacherstraße 6.
1971

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Ech. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Achtung!

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Versammlung

am Freitag, dem 26. April, abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber in Nürnberg.
Berichterstatter:
M. Sprecker, Hamburg.
NB. Nicht Mittwoch abend.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
(1985)
Die Ortsverwaltung.

Oberleder

für Holz-Leberschuhe.
Auschnitt nur nach Modellen bei
C. Grimm Nachf.
Leberhandlung.
1976

36000 Mark Belohnung.

Unter Aufhebung der bisherigen von mir zwecks Ermittlung von Straßgebern usw. bekanntgemachten Auslobungen von 2000 Mark, 6000 Mark und 27.000 Mark setze ich 36000 Mark Belohnung unter folgenden Bedingungen aus:
Die Belohnung ist für diejenigen bestimmt, durch deren Hilfe es gelingt, jemand der Aufhebung der Arbeiterkarte zu einem das Deutsche Reich schädigenden Streik oder zur Revolution im Norddeutschen zu überführen.
Die Höhe der Belohnung richtet sich je nach der Bedeutung des Falles und wird von mir bestimmt. Ich werde die Belohnung besonders hoch bemessen, wenn dem Deger nachgewiesen wird, daß er in feindlichem Sinne gehandelt hat.
Sind mehrere an der Überführung beteiligt, so entscheide ich über die Verteilung der Belohnung unter den Teilnehmern.
Personen, denen trotz ihres Entes die Verteilung der oben bezeichneten Deger obliegt, sind von der Belohnung nicht ausgeschlossen.
Eine Aufhebung der von mir vorgelegten Auslobung der Belohnung im Wege des Prozesses ist ausgeschlossen.
Diese Auslobung wird unwirksam:
1) wenn nach meinem Urteil bis zum Friedensschluß mit England und Amerika niemand ein Anrecht auf den dann noch zur Verfügung stehenden Betrag erworben hat;
2) wenn der angelegte Betrag nach Abgabe der vorgehenden Bedingungen aufgebraucht ist.
Eine öffentliche Bekanntmachung über den Eintritt der Unwirksamkeit der Auslobung erfolgt nicht; ein etwaiger Widerruf der Auslobung wird in derselben Weise wie diese Auslobung bekanntgemacht.
Der stellvert. kommandierende General.
v. Falk.
General der Infanterie.
1984

Der neue Kriegs-Atlas

bedeutend erweitert, jetzt 66 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig. Preis Mk. 1.50.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Stadttheater.

Dienstag, den 23. April 1918:
Schauspielgemeinde
Gyges und sein Ring.
(Blaue Karten.)
Mittwoch, den 24. April 1918:
Zum letzten Male:
Wiener Blut.
Donnerstag, d. 25. April 1918:
Abschiedsvorstellung für Dr. Fr. Reich
Neuheit! Neuheit!
Das Mündchen d. Herzogin
Komische Oper v. W. Mauke.
Hierauf:
Die schöne Galathee.
Operette von Fr. v. Suppé.
Anfang der Vorstellungen
8 Uhr.

